Antrag

der Abg. Ansgar Mayr und Andreas Sturm u. a. CDU

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Stand der Umsetzung des intelligenten Videoschutzes

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich das Projekt des intelligenten Videoschutzes in den letzten beiden Jahren (vgl. Antrag Drucksache 17/5816) in Mannheim entwickelt hat;
2. wie sich das Projekt des intelligenten Videoschutzes in Hamburg nach Kenntnis der Landesregierung entwickelt hat;
3. inwieweit weitere Kommunen innerhalb oder außerhalb Baden-Württembergs Interesse an dieser Technologie angemeldet haben;
4. inwieweit es einen Erfahrungsaustausch zur praktischen Anwendung unter den in den Ziffern 1 bis 3 erfragten Kommunen nach Kenntnis der Landesregierung gibt;
5. inwieweit neue Technologien und wissenschaftliche Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz für die Umsetzung des Projektes relevant sind;
6. wann das Projekt in Mannheim voraussichtlich aus der Pilotphase in die Praxisphase übergehen kann;
7. welche Herausforderungen – technologisch, rechtlich oder in der Akzeptanz – noch zu bewältigen sind;
8. inwieweit es in der Praxisphase möglich sein wird, den intelligenten Videoschutz auch in anderen Kommunen problemlos einzusetzen;

9. inwieweit es konkrete Pläne gibt, bei erfolgreichem Abschluss der Testphase den intelligenten Videoschutz in weiteren Kommunen einzusetzen.

18.3.2025

Mayr, Sturm, Gehring, Bückner, Hockenberger, Huber, Dr. Miller CDU

Begründung

In der Stellungnahme zum Antrag Drucksache 17/5816 wurde das Projekt des intelligenten Videoschutzes in Mannheim von der Kommune sowie der Landesregierung als Erfolg gewertet, allerdings wurde darauf verwiesen, dass die Testphase noch verlängert würde. Angesichts des rasanten Fortschrittes der Technologie der KI einerseits und dem gestiegenen Bedarf an Sicherheit auf den Straßen andererseits, soll geklärt werden, ob das Projekt inzwischen auf der Zielgeraden ist.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 10. April 2025 Nr. IM3-0141.5-607/6/4 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie sich das Projekt des intelligenten Videoschutzes in den letzten beiden Jahren (vgl. Antrag Drucksache 17/5816) in Mannheim entwickelt;*

Zu 1.:

Das Mannheimer Projekt „Intelligenter Videoschutz“ vereint Digitalisierung und die Entwicklung Künstlicher Intelligenz durch eine Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen mit der Landesverwaltung. Mit Unterstützung modernster Technik soll der Schutz der Bevölkerung im öffentlichen Raum verbessert und gleichzeitig der Datenschutz weiter erhöht sowie Grundrechtseingriffe minimiert werden. Mit Stand vom 27. Februar 2025 sind bereits 40 Kameras an die automatisierte Auswertesoftware angebunden. Damit entwickelt sich das Projekt analog dem vorgesehenen Projektverlauf. Die generierten Alarme werden für die Weiterentwicklung des Systems ausgewertet und dienen der Analyse sowie Optimierung von Schwachstellen in den Modulen. Neben dem konventionellen Monitoring der Videobilder findet derzeit ein Parallelbetrieb des sogenannten „schwarzen Monitors“ statt. Auf dem schwarzen Monitor werden erst dann Videobilder angezeigt, wenn das System ein polizeilich relevantes Verhalten detektiert hat. Die Verhaltensmustererkennung wurde stetig weiterentwickelt und weiter für polizeilich relevante Sachverhalte optimiert. Zwischenzeitlich kommt ein Modell zum Einsatz, welches teilweise mit 3D-Modellen trainiert wurde. Hierdurch sind zuverlässigere Vorhersagen zu erwarten. Die neuesten softwaretechnischen Entwicklungen werden fortlaufend in die Verfahrenskette integriert, wodurch eine Steigerung in der Effizienz erreicht werden konnte. Die Datensätze zum Training der Verfahrenskette werden stetig erweitert und an die jeweiligen Herausforderungen angepasst. Die Entwicklung des Projekts verläuft in Gänze betrachtet anhaltend positiv.

2. wie sich das Projekt des intelligenten Videoschutzes in Hamburg nach Kenntnis der Landesregierung entwickelt hat;

Zu 2.:

Nach einem erfolgreichen dreimonatigen Proof of Concept am Hansaplatz in Hamburg im Jahr 2024 hat sich die Landespolizei Hamburg zur Fortführung des Projektes entschieden. In einem zweijährigen Projektzeitraum soll bis September 2026 der intelligente Videoschutz in Hamburg weiter getestet werden. Hierzu erfolgte eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen sowie die Beschaffung der technischen Infrastruktur. Die technischen Voraussetzungen wurden zwischenzeitlich geschaffen, sodass in Kürze mit dem Start der Pilotphase zu rechnen ist.

3. inwieweit weitere Kommunen innerhalb oder außerhalb Baden-Württembergs Interesse an dieser Technologie angemeldet haben;

Zu 3.:

An dem intelligenten Videoschutz besteht landes- und bundesweit sowohl vonseiten anderer Sicherheitsbehörden, als auch Städten und Kommunen großes Interesse. Gemäß § 44 Absatz 4 des Polizeigesetzes (PolG) ist in Baden-Württemberg die automatische Auswertung von angefertigten Bildaufzeichnungen jedoch ausschließlich dem Polizeivollzugsdienst vorbehalten.

4. inwieweit es einen Erfahrungsaustausch zur praktischen Anwendung unter den in den Ziffern 1 bis 3 erfragten Kommunen nach Kenntnis der Landesregierung gibt;

Zu 4.:

Das Polizeipräsidium Mannheim steht im Austausch mit verschiedenen Ministerien und Polizeibehörden von Bund und Ländern sowie innerhalb des Landes Baden-Württemberg mit anderen regionalen Polizeipräsidien, zuletzt den Polizeipräsidien Freiburg und Heilbronn. Zudem besuchten Delegationen mehrerer Städte das Polizeipräsidium Mannheim und informierten sich vor Ort über den intelligenten Videoschutz.

5. inwieweit neue Technologien und wissenschaftliche Fortschritte im Bereich der Künstlichen Intelligenz für die Umsetzung des Projektes relevant sind;

Zu 5.:

Die eingesetzte Software wird mithilfe Künstlicher Intelligenz stetig weiterentwickelt und fortlaufend verbessert. Die Weiterentwicklung der Software durch das Fraunhofer IOSB Karlsruhe orientiert sich an dem aktuellen Stand der Technik sowie den wissenschaftlichen Fortschritten auch im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Diese fließen stetig in die Entwicklung ein.

6. wann das Projekt in Mannheim voraussichtlich aus der Pilotphase in die Praxisphase übergehen kann;

Zu 6.:

Das Projekt Videoschutz Mannheim wurde um drei Jahre bis Ende 2026 mit dem Ziel der Erlangung einer Marktreife der intelligenten Software für polizeiliche Videoüberwachung verlängert. Aktuell werden weitere Kameras sukzessive an den intelligenten Videoschutz angebunden. Diese Vorgehensweise bietet sowohl dem Fraunhofer IOSB Karlsruhe, als auch dem Polizeipräsidium Mannheim die Möglichkeit, auf evtl. auftretende Herausforderungen adäquat reagieren zu können. Nach Abschluss der Anbindung aller statischer Kameras ist für das Jahr 2026 ein Optimierungsprozess des intelligenten Videoschutzes vorgesehen.

7. welche Herausforderungen – technologisch, rechtlich oder in der Akzeptanz – noch zu bewältigen sind;

Zu 7.:

Die Entwicklung der Software ist äußerst komplex. Eine ausreichende Menge an Echtdaten ist ein elementarer Baustein und Grundlage für das Trainieren der Algorithmen. Öffentliche Daten stehen nur in sehr geringem Umfang zu Verfügung, weshalb zur Anreicherung der Echtdaten regelmäßig Messkampagnen mit Hilfe von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten anhand erstellter Drehbücher durchgeführt werden. Trotz eines durch das Fraunhofer IOSB Karlsruhe hierfür entwickelten teilautomatisierten Prozesses gestaltet sich das Aufbereiten der Videosequenzen sehr zeitaufwendig und ressourcenintensiv.

Die automatische Auswertung ist gemäß § 44 Absatz 4 Satz 2 PolG auf solche Verhaltensmuster reduziert, die auf die Begehung einer Straftat hindeuten. Nicht inbegriffen sind somit beispielsweise Personen, die am Boden liegen und sich in einer hilflosen Lage befinden bzw. einen medizinischen Notfall erlitten haben. Diese Erweiterung ist Bestandteil des Maßnahmenpakets „Sicherheit stärken, Migration ordnen, Radikalisierung vorbeugen“ der Landesregierung von September 2024. Ein etwaiger Ergänzungsbedarf in der Rechtsgrundlage wird geprüft. Darüber hinaus wird die ebenfalls im Maßnahmenpaket aufgeführte Detektion von gefährlichen Gegenständen vorangetrieben.

Das Projekt Videoschutz Mannheim erfährt in der Bevölkerung hohe Akzeptanz. So wurde der Videoschutz bei den Sicherheitsbefragungen der Stadt Mannheim in den Jahren 2020 und 2022 jeweils mit der Note 2,3 bewertet. Mehr als die Hälfte der Befragten fühlen sich durch den Videoschutz sicherer.

8. inwieweit es in der Praxisphase möglich sein wird, den intelligenten Videoschutz auch in anderen Kommunen problemlos einzusetzen;

Zu 8.:

Nach einer Vertragsanpassung zwischen dem Fraunhofer IOSB Karlsruhe und dem Polizeipräsidium Mannheim ist dieses berechtigt, allen Dienststellen und Einrichtungen der Polizei sämtlicher Länder der Bundesrepublik Deutschland die Nutzungsrechte an der entwickelten Individualsoftware einzuräumen. Darüber hinaus ermöglicht das Vertragswerk eine unbegrenzte Anzahl an Vervielfältigungen der entwickelten Individualsoftware anzufertigen und diese den Dienststellen und Einrichtungen der Polizei sämtlicher Länder der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen. Hierdurch wurden die (vertrags-)rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, nach Abschluss der Pilotphase und bei Vorhandensein der technischen Infrastruktur eine Ausweitung des intelligenten Videoschutzes vorzunehmen.

9. inwieweit es konkrete Pläne gibt, bei erfolgreichem Abschluss der Testphase den intelligenten Videoschutz in weiteren Kommunen einzusetzen.

Zu 9.:

Für den Zeitpunkt nach der Pilotphase wird der Einsatz der Technik an weiteren Standorten aus polizeilicher Sicht grundsätzlich befürwortet. Hierfür müssen anlassbezogen zum Augenblick der angedachten Umsetzung die Voraussetzungen des § 44 Absatz 4 PolG gegeben sein.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen